

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: **Karlheinz Dörmann**
Herausgeber: **Carl Dörmann**
Redaktion: **Carl Dörmann**
Druckerei: **Carl Dörmann**

Veranstaltung: **Carl Dörmann**
Anzeigen: **Carl Dörmann**
Abonnent: **Carl Dörmann**
Kontak: **Carl Dörmann**

Druck: **Carl Dörmann**
Vertrieb: **Carl Dörmann**
Anzahl: **Carl Dörmann**
Preis: **Carl Dörmann**

Danzig war Sonntag in größter Gefahr

Ein polnischer Handstreich verhindert

London, 2. Mai. „Daily Express“ veröffentlicht in sensationeller Aufmachung einen Bericht seines Sonderkorrespondenten in Danzig, in dem es u. a. heißt, Polen habe seine Pläne für die Besitzergreifung des freistaatlichen Danzig fertiggestellt. Nur ein in erster Stunde erfolgter Schritt Frankreichs habe verhindert, daß die polnische Flotte gestern abend über Danzig weiche.

Der Korrespondent sagt: Die maßgebende Persönlichkeit an Ort und Stelle — kein Pole oder Danziger — habe ihm erklärt: „Die Polen haben ihren Kopf verloren.“ — Die Behörden hätten befürchtet, daß die polnische Flotte in den Danziger Hafen einfahren und, wie im Falle der Besetzung von Biltina, die Welt vor eine vollendete Tatsache stellen würde.

Der Oberkommissar Graf Gravin habe sich dringend mit dem Generalsekretär des Völkerbundes in Verbindung gesetzt und habe ihm warnend von dieser Gefährdung des europäischen Friedens Mitteilung gemacht.

Der Danziger Korrespondent des Arbeiterblattes „Daily Herald“ sagt in einer nicht ganz so sensationell gehaltenen Meldung, die radikalen Elemente in Deutschland und Polen warteten nur darauf, daß die andere Seite die Verbindlichkeiten erfülle.

Eine Katastrophe sei gestern vermieden worden. Aber die Lage bleibe ernst und bedürfe einer sorgfältigen Behandlung.

Die englischen Korrespondenten seien beim Versuch, die Lage im Korridorgebiet kennenzulernen, von polnischen Offizieren aufgehalten worden. Unter Drohungen seien sie in Richtung zur Umkehr gezwungen worden, aber nicht ohne zu sehen, daß überall große Mengen von polnischen Truppen in Feldbarracken lagerten.

Der Sonderkorrespondent der „Daily Mail“ in Joppe berichtet ebenfalls, daß eine neue internationale Verwicklung mit knapper Not vermieden worden sei.

„Daily Express“ weist weiter darauf hin, daß der wirtschaftliche Druck, den die Polen insbesondere durch die Uebertragung des ganzen Umschlagesverkehrs nach Gdingen auf Danzig ausüben, ungenügend sei. Der englische Konsul in Danzig habe seiner Regierung über diese Angelegenheit ausführlich berichtet. „Daily Herald“ sagt weiter, Danzig sei nach Einrichtung der neuen Garnisonen in Tschew und Graudenz vollkommen von polnischen Truppen umgeben.

Die ständige polnische Drohung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 2. Mai. Die alarmierenden Meldungen führender englischer Zeitungen aus Danzig bestätigen unsere Information vom Sonntag vor acht Tagen in vollem Umfang. Schon damals bezeichneten wir einen polnischen Angriff auf Danzig als in naher Zeit bevorstehend. In der Wilhelmstraße hält man die Lage in Danzig ebenfalls für außerordentlich ernst. Man ist aber nicht darüber unternichtet, welches Material im einzelnen dem Völkerbundskommissar Gravin vorgelegen hat, als dieser sich entschloß,

am vergangenen Freitag und Sonnabend den Telegraph zwischen Danzig und Genu sowie zwischen Danzig, London und Rom unermüdlich spielen zu lassen.

Man verweist darauf, daß die Pläne der Polen, die in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag verwirklicht werden sollten, nicht verwirklicht worden sind und führt dies auf das Eingreifen Gravin's und der antifrancia'schen Völkerbundsmächte zurück. Offenbar hat sich auch Frankreich in letzter Stunde der Erkenntnis nicht verschlossen, daß der geplante Ueberfall unmittelbar zum Siege mit Deutschland hätte führen müssen. Daß die Aktion gegen Danzig in letzter Minute seitens der Polen abgeblasen worden ist, führt man auf das Eingreifen von Warschau und Regierungskreisen zurück. Dabei darf freilich nicht vergessen werden, daß der Einfluss der Warschauer Zentralregierung auf die polnischen Nationalistenverbände und wohl auch auf die im Korridor lebenden polnischen Truppenteile verhältnismäßig gering ist. Pilsudski, der zur Zeit Diktator der Zentralregierung ist, befindet sich bekanntlich in einem ersten Konflikt mit den nationaldemokratischen polnischen Kreisen, die ihren eigentlichen Sitz in Polen und um den General Galle haben und die den bekannten Plan des polnischen Diktators Roman Dmowski zu verwirklichen trachten. Dieser Plan geht dahin,

sich bei der ersten sich international bietenden Möglichkeit in den Besitz Danzigs zu setzen und von dort aus Diktaturen aufzubauen und dem polnischen Staat einzuverleiben.

Besonders lästig auf diesem Gebiet ist auch der polnische Generalkonsul in Königsberg, Smorski. Außerdem ist aufzufallen, daß sich der Führer oberösterreichischer Junggarbeiterverbände in der letzten Zeit in Pommerellen aufgehalten hat und dort unermüdlich tätig gewesen ist. Die Gefahr für Danzig, die seit etwa zehn Tagen besonders drohend ist, hat schon vor fünf Tagen die Danziger Nationalsozialisten veranlaßt, schnell auf das Tragen ihrer SA-Uniformen im Danziger Staatsgebiet zu verzichten. Offenbar ist dieser Entschluß darauf zurückzuführen, daß man den Polen jeden Einwand für eine militärische Aktion unter allen Umständen nehmen wollte. Die Tatsache, daß die SA in Danzig gut organisiert war, hatte nämlich die polnische Presse zu einer Debatte veranlaßt, die schließlich in der Forderung gipfelte, polnisches Militär müsse in Danzig abgezogen werden, weil angeblich die Polen in Danzig bedroht seien. Danzig wird schon seit längerem von einem Senat regiert, der sich aus Nationalisten und Nationalsozialisten zusammensetzt, der eine größere Widerstandsfähigkeit gegenüber polnischen Annäherungen entwickelt, als der frühere linksdemokratische Senat der Freien Stadt.

Im allgemeinen pflegen englische Sonderkorrespondenten in dem Augenblick irgendwo aufzutreten, wo es wirklich Ernst wird.

Diese Erfahrung hat man schon verschiedentlich machen können, und die Tatsache, daß nicht weniger als drei Sonderkorrespondenten großer englischer Blätter zur Stunde in Danzig verammelt sind, mag darauf hinweisen, wie kritisch die Lage gewesen sein muß und natürlich auch noch ist. Es ist daher zu begrüßen, daß in der Wilhelmstraße abermals mit Nachdruck erklärt wird, daß jeder polnische Uebergriff auf Danzig gegenüber sofort zu einem Einklinken der deutschen Regierung, und zwar mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, führen werde. Die Wilhelmstraße läßt weiter mitteilen, daß sie mit der allergrößten Wachsamkeit die Entwicklungen am Dniepr und in Danzig verfolgte und daß auch sie die Lage als ernst ansehe. Alles in allem lenken diese Vorgänge erneut die Aufmerksamkeit auf die unhaltbaren Verhältnisse an der deutschen Ostgrenze.

Geringer Linksruck in Frankreich

Die Stichwahlen geben den Ausschlag

Paris, 2. Mai. Das französische Innenministerium veröffentlicht um 6 Uhr früh folgende amtliche Zahlen über den Ausgang des ersten Wahlsamtags: Von den für Frankreich und Algerien freien 605 Kammermandaten liegen die Ergebnisse aus 600 Wahlbezirken vor. Als endgültig gewählt können davon 244 Abgeordnete gelten, während 359 in die Stichwahl kommen. Die 244 Sitze verteilen sich folgendermaßen:

- Radikale 2
- Republikanisch-demokr. Vereinigung (Gr. Martin) 44
- Republikanisch-demokr. Vereinigung (Gr. Paul Reynaud) 10
- Unabhängige Republikaner (bisher parteilos) 14
- Unabhängige Republikaner (Tardieu) 85
- Radikale und Unabh. Linke (Germain Martin) 24
- Radikalsocialisten (Herriot) 68
- Unabhängige Sozialisten 4
- Sozialrepublikaner (Gr. Chabrun) 5
- Sozialisten (Leon Blum) 40
- Unabhängige Kommunisten 2
- Kommunisten 1

In den Vormittagsstunden kristallisiert sich das Ergebnis des ersten Wahlsamtags immer klarer heraus, so daß das amtliche Zahlenmaterial ergänzt werden kann. Gewinn und Verlust stellen sich folgendermaßen dar:

| | Gewinn | Verlust |
|------------------------------------|--------|---------|
| Republikanisch-Demokratische Union | 1 | 5 Mand. |
| Unabhängige | 2 | 1 " |
| Radikalsocialisten (Tardieu) | 3 | 8 " |
| Radikale Linke | 2 | — " |
| Radikale Sozialisten | 6 | — " |
| Sozial-Republikaner | 1 | 1 " |
| Sozialisten (Blum) | 3 | 2 " |
| Volkdemokraten | 1 | — " |
| Kommunisten | — | 1 " |

In parlamentarischen Kreisen mischt man der im ersten Wahlsamtag hervorgetretenen Tendenz eine weit größere Bedeutung zu, als man sie in den Reichstagen wahrhaben will. Man geht sogar so weit, von einer Erstauswertung des Radikalsocialisten Tardieu zu sprechen und den Radikalsocialisten in der zukünftigen Kammer 140. und den Sozialisten etwa 120 Mandate zu prognostizieren. Aus dieser natürlich mit Vorbehalt aufzunehmenden Berechnung zieht man den Schluß, daß die Wiederbelebung des Linksrucks nicht ausgeschlossen sei. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß sich Herriot als Führer der Radikalsocialisten im Wahlsamtag gegen eine Regierungsbildung mit den Sozialisten ausgesprochen hat. Die Radikalsocialisten glauben, wie gesagt, nicht an die Möglichkeit einer derzeitigen Entwicklung und legen die republikanische Konzentration mit den Radikalsocialisten voraus.

Die Wahl in Frankreich

Die französischen Kammerwahlen haben, wie das bei diesem Wahlsystem nicht anders zu erwarten stand, eine sehr große Anzahl von Entscheidungen in den zweiten Wahlgang verlegt. Von den insgesamt 600 Kammermitgliedern sind erst 244 endgültig bestimmt. Die Entscheidung für die übrigen fällt im zweiten Wahlgang, der allerdings auch keine reine Stichwahl ist. Vielmehr entspricht das französische Wahlsystem, auf die kleinen Verhältnisse von Ein-Mann-Wahlkreisen übertragen, unserer deutschen Reichspräsidentenwahl. Im ersten Wahlgang ist derjenige Kandidat gewählt, der die absolute Mehrheit erlangt hat. Die bisherigen Ergebnisse haben gezeigt, daß sich nur in einem guten Drittel der Wahlkreise eine solche Mehrheit für einen Kandidaten fand. Alle übrigen Wahlkreise treffen die Entscheidung in der Form, daß derjenige Kandidat im zweiten Wahlgang siegt, der die relative Mehrheit zu erringen vermag. Wie die Wahlen für die noch ausstehenden zwei Drittel der Kammermitglieder ausgehen werden, läßt sich selbst bei genauer Kenntnis der örtlichen Verhältnisse für die einzelnen Wahlkreise nicht voraussagen, weil sie abhängig von den Gruppierungen sind, die sich aus den Verhandlungen der zahlreichen Parteien jeweils von Fall zu Fall in immer neuen Variationen ergeben. Es besteht ja sogar die Möglichkeit des Auftretens völlig neuer Kandidaten. Außerdem ist das französische Parteiensystem sehr elastisch. Es gibt keine harten Grenzen zwischen den einzelnen Gruppen. Für den Erfolg eines Kandidaten ist weniger ausschlaggebend, welcher Partei er angehört, sondern ob er es versteht, sich das Vertrauen seines Wahlkreises bei der persönlichen Bearbeitung jedes einzelnen Wählers zu erringen.

Man muß diese Umstände bei der Beurteilung des ersten Wahlganges berücksichtigen, um sich über den weiteren Verlauf der Wahlen kein falsches Bild zu machen. Dann ergibt sich, daß der erste Wahlgang nichts weiter als ein recht primitives und nur ganz ungefähres Stimmungsbild der politischen Farbe der neuwählenden Kammer bildet. Die Wahlvorbereitungen verliefen deshalb auch so ruhig, daß der Aufbruchende fast kaum den Eindruck bekommen konnte, er befände sich in einem Lande, das im Kampfe um sein Parlament steht. Erster wird die Wahlschlacht erst vor dem entscheidenden zweiten Wahlgang.

Bis jetzt vermag man festzustellen, daß die Erwartungen, die man hegen konnte, eingetroffen sind. Es ist, soweit die bisherigen Wahlergebnisse eine Beurteilung zulassen, eine leichte Verschiebung des politischen Schwerepunkts auf den linken Flügel des Bürgerturns eingetreten. Die Ausfahrten der Sozialisten werden nicht sehr allnähe beurteilt, weil man annimmt, daß sie im zweiten Wahlgang durch bürgerliche Bündnisse in den Hintergrund gedrängt werden. Bemerkenswert ist, daß bis jetzt die Regierungsparteien einen leichten Verlust von etwa acht Mandaten zu verzeichnen haben, während die bürgerliche Linke fünf Mandate gewinnen konnte. Von den Regierungsparteien hat sich die Gruppe des in Velfort bereits wiedergewählten Ministerpräsidenten Tardieu überraschend schlecht geschlagen. Sie trägt fast ausschließlich die Verluste der Regierungsparteien. Andererseits die Radikalsocialisten, deren Führer Herriot der stärkste Gegner Tardieu's ist, auf der linken Seite die meisten Erfolge zu verzeichnen hatten und ihre weiteren Aussichten bei der Stichwahl günstig beurteilt werden, ist es nicht ausgeschlossen, daß die politische Landschaft des bedröhten Ministerpräsidenten gefährdet ist. Jedenfalls hat Herriot, der sich als Sieger fühlt, bereits in einer Unterredung erklärt, Tardieu habe das Tischtennis zu den Radikalsocialisten zerhackt. Trotzdem ist es noch durchaus fraglich, ob die Erfolge der Radikalsocialisten und der anderen Gruppen der bürgerlichen Linken so stark sein werden, um wenigstens die äußerste Rechte, die Maringruppe, auszuscheiden.

Eine sichere Beurteilung der kommenden Mehrheitsverhältnisse vermag man erst nach dem Inkrafttreten des neuen Parlaments, also nach dem 1. Juni, bei der ersten politischen bedeutsamen Abstimmung zu geben. Das liegt daran, daß auch nach Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses eine große Zahl von Abgeordneten ohne Bindung zu irgendeiner Partei bleiben und sich deshalb ihre wahre Bestimmung erst im Verlauf ihrer parlamentarischen Tätigkeit erkennen läßt. Sie geben aber angeht die unsicheren Mehrheitsverhältnisse und der mit Regelmäßigkeit eintretenden Umgruppierungen in den Fraktionen sehr häufig den Ausschlag. Schon jetzt aber rechtfertigt das Wahlergebnis es nicht, von einem Linksruck in dem Sinne zu sprechen, den man bei und darunter verstehen würde. Der Radikalsocialismus, die Partei des französischen Kleinbürgertums, die anscheinend so heißt, weil sie weder mit Radikalsocialismus noch mit Sozialismus etwas zu tun hat, ist genau so unanfechtbar gegenüber Deutschland, wie die Rechte. Herriot unterscheidet sich von Tardieu höchstens dadurch, daß er seine Parteinähe unter Verhüllung der Friedenssprachen verbirgt, auf die der gegenwärtige Ministerpräsident keinen übertrieben großen Wert legt.